

Arm in Mitteldeutschland: Risiken und Wirkungen

- Armutsgefährdet: weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens nach EU-Definition;
- rund ein Fünftel der Bevölkerung in Ostdeutschland gilt als von „Armut oder sozialer Ausgrenzung“ betroffen;
- Armutsrisikoquote (Armutsgefährdungsquote) in den letzten zehn Jahren gestiegen;
- gesellschaftliche Ungleichheit wächst, Einkommenszuwächse der letzten Jahre nicht in Haushalte mit geringen oder geringsten Einkommen;
- „Armut trotz Arbeit“ nimmt in der Langzeitbetrachtung relativ zu;
- Armutsentwicklung regional sehr unterschiedlich: in städtischen Ballungszentren kommt es in den letzten 15 Jahren auch unabhängig von der durchschnittlichen Armutsentwicklung zu einer deutlichen Zunahme des Armutsrisikos um bis zu zehn Prozent.

- Armutsrisikoquote von Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren liegt in Sachsen-Anhalt bei 25,2 Prozent, in Thüringen bei 23,7 Prozent;
- die Hälfte der Alleinerziehenden in Sachsen-Anhalt und Thüringen ist armutsgefährdet;
- Kinder können sich nicht selbst aus der Armut befreien – deshalb ein Anrecht auf Existenzsicherung, faire Chancen;
- Kindergrundsicherung ist finanziell unzureichend ausgestattet und damit eine verpasste Chance, erleichterter Zugang zum Kinderzuschlag könnte allerdings gerade Familien im Niedriglohnsektor in Mitteldeutschland entlasten – durch erhöhte Inanspruchnahme würden mehr Menschen entsprechende Leistungen erhalten.

- Ostdeutschland gehört europaweit zu den Regionen mit dem größten Niedriglohnsektor, in Sachsen-Anhalt ein Viertel aller Beschäftigten betroffen;
→ Vergabe öffentlicher Aufträge und Finanzierung sozialer Leistungen nur an Träger, die eine tarifliche Bindung haben.

Pflegebedarf und Armut

- 2022 erhobene Daten zeigen, dass ein stationärer Pflegeplatz bei Pflegegrad III durchschnittlich 3.510 Euro kostet - die gesetzliche Leistung, auf die bei Pflegegrad III Anspruch besteht, liegt durchschnittlich bei 1.262 Euro,
- verbleibender Betrag von 2.248 Euro, der von der zu pflegenden Person bzw. deren Angehörigen zu tragen ist;
- es ist mit erheblicher Versorgungslücke in den nächsten Jahren zu rechnen,
- Bewohner mit geringem Einkommen können Sozialhilfe in Anspruch nehmen, deutschlandweit etwa 36 Prozent der Bewohnenden in Einrichtungen der stationären Pflege auf Sozialhilfe angewiesen;
- dringend nötig: die seit langem und immer wieder versprochene echte Pflegereform.

Klimawandel: in den Folgen auch den sozialen Ausgleich schaffen

- Mehrheit in Deutschland wünscht sich, dass reiche Menschen stärker zur Finanzierung von Maßnahmen gegen Armut und Klimawandel beitragen;
- Bundesregierung hätte starken Rückhalt für die Erschließung neuer Finanzierungswege zur Armutsbekämpfung und für eine umfassende Unterstützung der von der Klimakrise besonders betroffenen Länder;
- Bundesregierung kürzt derzeit die Mittel zur Armutsbekämpfung.

- wir fordern die Mehrwertsteuer für pflanzliche Nahrungsmittel zu reduzieren oder ganz wegfallen zu lassen – würde Menschen mit geringem Einkommen sofort entlasten, würde der sozialen Teilhabe an gesunden Nahrungsmitteln sowie der Ernährungswende insgesamt dienen;
- bei steigenden CO2-Preisen bspw. für Energie oder Verkehr braucht es gezielte Maßnahmen zur Entlastung vulnerabler Haushalte durch zugeschnittene Förderprogramme bzw. erhöhte Sozialtransfers (Klimageld) – Zertifikate-Handel könnte den CO2-Preis lenken, Menschen in Armut würden aber nicht hinten runterfallen.

Klimaneutrale Transformation der Sozialeinrichtungen

- Diakonie in Deutschland hat das Ziel im Jahr 2025 klimaneutral zu arbeiten – offen sind aber Fragen der Umsetzung;
- gemeinnützige Einrichtungen können nur in sehr engem Rahmen Rücklagen bilden, aus denen die notwendigen großen Investitionen finanziert werden müssen;
- wir fordern von den Bundesländern Investitionsförderprogramme für soziale Einrichtungen, insbesondere für Krankenhäuser, Wohn- und Pflegeeinrichtungen, Kindertageseinrichtungen und Schulen.

- wir fordern einen Paradigmenwechsel bei den Finanzierungsverhandlungen sozialer Leistungen mit den Kostenträgern: bisher wird das zu einem Stichtag billigste Angebot (Energie und Verbrauchsmittel) anerkannt;
- ob Leistung/ Produkt ökologisch und sozial verantwortlich produziert wurde, bleibt unberücksichtigt → in Kostenverhandlungen muss nachhaltiges Wirtschaften der Maßstab sein.